

Mazedonien vor dem Machtwechsel

Reinhold Vetter Handelsblatt

July 6, 2006

Nach der Parlamentswahl übernehmen voraussichtlich die Konservativen das Steuer. Die Bevölkerung wartet auf EU-Beitrittsverhandlungen.

In Mazedonien zeichnet sich nach der gestrigen Parlamentswahl ein Machtwechsel ab. Glaubt man den Umfragen, dann werden die Konservativen des früheren Finanzministers Nikola Gruevski die künftige Regierungskoalition anführen. Bislang regierten die Sozialdemokraten von Premier Vlado Buckovski zusammen mit der albanischen Partei des ehemaligen Rebellenführers Ali Ahmeti. "Die Bürgerlich-Nationalen von Gruevski genießen zur Zeit eindeutig mehr Vertrauen in der Bevölkerung", sagt der Wahlforscher Dane Teleski vom Institut "Societas Civilis" in Skopje. Erste Ergebnisse wurden für Mitternacht erwartet, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe.

Für die EU, die dem kleinen Land im Südwesten des Balkans im vergangenen Jahr den Kandidaten-Status einräumte, ist ein solcher Machtwechsel ein wichtiger Hinweis auf die demokratische Reife Mazedoniens. Skeptisch reagierte man in Brüssel aber auf gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen albanischen Gruppierungen vor der Wahl.

Die meisten Bürger und Politiker Mazedoniens warten ungeduldig auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen, den die EU aber wegen eigener innerer Schwierigkeiten hinauszögert. Dabei kann Mazedonien erstaunliche Erfolge vorweisen. "In den vergangenen Jahren hat das Land alle überrascht", betont Gerald Knaus von der Europäischen Initiative für Stabilität (ESI) in Berlin. Nach den bewaffneten Kämpfen zwischen albanischen Rebellen und mazedonischen Truppen hatte das im Sommer 2001 international ausgehandelte Abkommen von Ohrid den Weg für eine Stabilisierung eröffnet. Das Abkommen, das den Albanern mehr Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben einräumt, wurde anschließend von der sozialdemokratisch geführten Regierung Schritt für Schritt umgesetzt. Die Albaner stellen gut ein Viertel der Bevölkerung, die slawischen Mazedonier machen etwa 65 Prozent aus.

Die versprochene Belohnung ist jedoch ausgeblieben. Bereits beim EU-Gipfel 2003 in Thessaloniki hatte man

den Staaten auf dem westlichen Balkan mittelfristig eine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft in Aussicht gestellt. Solche Visionen sind inzwischen gegenstandslos geworden. "Der inoffizielle Erweiterungsstopp gefährdet die Stabilität der ganzen Region", sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin Radmila Sekerinska. Noch sehen 60 Prozent der Bürger den EU-Beitritt Mazedoniens als eine Sache an, die ihnen persönlich wichtig ist. Dieser Enthusiasmus könnte bald nachlassen, sollte Brüssel weiter zögern.

Verärgert sind viele Bürger vor allem wegen ihrer schwierigen Lebensbedingungen. Der unflexible, vom Internationalen Währungsfonds geprägte Kurs der bisherigen Regierung und der Nationalbank hat die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark gehemmt. So profitiert Mazedonien zwar von seiner stabilen Währung und einer geringen Inflation. Zugleich reicht das Wachstum aber nicht, um in der EU Anschluss zu finden. In einer Länderstudie hat das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Reformen vorgeschlagen, die das Land auf den Weg nachhaltigen Wachstums führen sollen. Dazu zählen eine flexiblere Währungs- und Geldpolitik, eine aktivere Investitionsförderung durch den Staat, die Reform der wirtschaftspolitisch relevanten Institutionen und die Intensivierung der Privatisierung.

Die Konservativen von Ex-Finanzminister Nikola Gruevski haben schon angekündigt, dass sie die Wirtschafts- und Finanzpolitik modifizieren wollen, sollten sie die Macht übernehmen. An den Reformen, die mit dem Abkommen von Ohrid begründet wurden, werden schon deshalb nicht grundsätzlich rütteln, weil sie aus Mehrheitsgründen auf eine der albanischen Parteien als Koalitionspartner angewiesen sind. Aber sie werden sich voraussichtlich nicht besonders anstrengen, die Rivalitäten zwischen den Volksgruppen abzubauen. Die Mehrheit der slawischen Mazedonier hat Angst, wegen der Kinderfreudigkeit der Albaner irgendwann zur Minderheit im eigenen Land zu werden.